

04.12.2012

Niederschrift

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 05.11.2012 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dirk Kolar

Kreistagmitglieder SPD

Frau Claudia Isenberg

Herr Gerd Oldenburg

Frau Bärbel Schmidt

Frau Brunhilde Weinhold

Frau Manuela Werbinsky

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Heiko Haarmann

Herr Sebastian Laaser

Kreistagmitglieder CDU

Frau Claudia Gebhard

Frau Ute Gössing

Herr Paul-Heinz Kranemann

Frau Elke Middendorf

anwesend bis 16.30 Uhr

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Martin Niessner

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Andrea Hosang

Frau Barbara Streich

Kreistagmitglieder FDP

Herr Sigurd Senkel

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Hans-Jürgen Allendörfer

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Dieter Reichwald

Kreistagmitglieder FWG

Herr Helmut Stalz

Kreistagmitglieder GFL

Herr Helmut Rosenkranz

Gäste

Herr Bussmann, Selbsthilfegruppe „Multiple Sklerose Schwerte – Trotzdem“

Herr Unterstell, Selbsthilfegruppe „Multiple Sklerose Schwerte – Trotzdem“

Frau Kestermann, Verbraucherzentrale NRW

Frau Gülzow, Verbraucherzentrale NRW

Verwaltung

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Herr Josef Merfels, Fachbereichsleiter

Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Vorstellung der Selbsthilfegruppe "Junge MS" aus Schwerte
- Punkt 3** Tätigkeitsbericht der Verbraucherzentrale NRW in den Beratungsstellen in Lünen, Kamen und Schwerte -
mündlicher Bericht
- Punkt 4** Produkthaushalt 2013 - Budget Gesundheit und Verbraucherschutz
Vorlage: 167/12
- Punkt 5** Erweiterung der Gesundheitskonferenz - Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2012
Vorlage: 175/12
- Punkt 6** Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015
Vorlage: 132/12
- Punkt 7** Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion
Vorlage: 145/12
- Punkt 8** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Vorstellung der Selbsthilfegruppe "Junge MS" aus Schwerte

Erörterung

Herr Bussmann und Herr Unterstell von der Selbsthilfegruppe „Multiple Sklerose Schwerte – Trotzdem“ stellen anhand einer Internetpräsentation (www.ms-schwerte.de) die Arbeit ihrer Gruppe vor. Die Gruppe wende sich an Betroffene und an Angehörige. Sie bestehe seit dem Jahr 2004 und treffe sich einmal im Monat. Darüber hinaus gebe es vielfältige Aktivitäten, angefangen von Informationsveranstaltungen bis hin zu Freizeitaktivitäten wie z.B. Bogenschießen, Trommelworkshops oder Reiten. Es gehe darum, Verständnis in der Öffentlichkeit zu finden, aber auch die eigene Isolation zu überwinden. Außerdem erfolge ein Informationsaustausch über Entwicklungen in der Behandlung der Erkrankung und gegenseitige Unterstützung in Krisensituationen.

Herr Kolar bedankt sich für den in die Arbeit der Selbsthilfegruppe gewährten Einblick.

Punkt 3 Tätigkeitsbericht der Verbraucherzentrale NRW in den Beratungsstellen in Lünen, Kamen und Schwerte - mündlicher Bericht

Erörterung

Frau Kestermann und Frau Gülzow, Verbraucherzentrale NRW, geben anhand einer Folienpräsentation (Anlage 1 zur Niederschrift) einen Überblick über die Arbeit der Beratungsstellen in Kamen, Lünen und Schwerte im Jahr 2011. Insbesondere werden die Arbeitsschwerpunkte, die Anzahl der Beratungskontakte und die Finanzierung der Beratungsstellen vorgestellt.

Herr Stalz fragt nach dem Grad der Kundenzufriedenheit, dem Grund für die unterschiedliche Verteilung der verschiedenen Arten der Kontakte in den drei Beratungsstellen sowie nach einem Konzept für die Arbeit der Beratungsstellen bis 2015.

Frau Kestermann erläutert, dass die Kontaktzahlen nicht die Anzahl der Beratungsfälle wiedergebe, da durchaus in einer Beratungssache mehrere Kontakte anfallen können. Die unterschiedliche Nachfrage in den einzelnen Beratungsstellen ergebe sich aus der jeweiligen differierenden Stellenausstattung sowie aus der Art der gestellten Anfragen. Eine aktuelle Kundenbefragung gebe es nicht. Aus überregionalen Befragungen, durchgeführt von z.B. dem WDR oder dem Magazin Spiegel, ergebe sich aber ein hoher Vertrauens- und Zufriedenheitswert mit der von der Verbraucherzentrale geleisteten Beratungsarbeit. Bzgl. eines Konzeptes weist sie darauf hin, dass die Arbeit sich an die ständig verändernden Entwicklungen der Beratungsbedarfe anpassen müsse. Soweit sich dies für die Zukunft abzeichne, erfolge eine bedarfsbezogene Veränderung in der Verteilung der vorhandenen Ressourcen.

Auf die Nachfrage von Herrn Allendörfer zur Finanzierung weist Frau Kestermann darauf hin, dass die Arbeit kostendeckend erfolgen müsse. Es gebe keine Überschüsse oder Defizite. Über die erhobenen Entgelte

hinaus gebe es ein Abrechnungsverfahren mit dem Land und den beteiligten Kommunen für die Beratungsfälle und die Aufgaben, für die ein Entgelt nicht erhoben werden könne.

Herr Hahn ergänzt, dass es zur Finanzierung eine vertragliche Regelung gebe, die vom Kreistag beschlossen worden und die zudem jeweils Bestandteil der Haushaltsberatungen sei.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Punkt 4 167/12 Produkthaushalt 2013 - Budget Gesundheit und Verbraucherschutz

Erörterung

Herr Hahn stellt den Entwurf des Haushaltes 2013 für das Budget Gesundheit und Verbraucherschutz vor. Dabei weist er insbesondere auf die Einnahmeverluste, die durch den Brand auf dem Gelände des Schlachthofes Lünen entstehen, sowie auf die erhöhten Personalaufwendungen im Bereich der Pensionsrückstellungen hin. Nicht mehr eingebracht werde das Projekt Familienhebammen, da es hier aufgrund der aktuellen Entwicklungen aus dem Bundeskinderschutzgesetz eine Verlagerung in den Bereich der Jugendhilfe gebe.

Lt. Herrn Oldenburg werde der Entwurf für das Budget Gesundheit und Verbraucherschutz wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz auf die weitere Entwicklung der Einnahmen am Schlachthof Lünen erläutert Herr Merfels, dass eine negative Tendenz absehbar sei. Entgegengewirkt werde dem dadurch, dass das dort beschäftigte Personal zu einem Teil an anderer Stelle untergebracht worden sei. Für einen weiteren Teil ergebe sich die Notwendigkeit von Auflösungsverträgen. Damit werden sich die Personalkosten und somit auch die Höhe des durch die wegfallenden Einnahmen verursachten Defizits verringern.

Für Frau Hosang ist es erfreulich, dass die bisher geleistete und wichtige Arbeit unverändert fortgeführt werden könne. Ein allgemeines Problem für den Gesamthaushalt seien die hohen Ansätze, die für Personalarückstellungen gebildet werden müssen.

Frau Gebhard teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion noch abschließend mit dem Haushalt beschäftigen werde. Die einzelnen Themenfelder würden dabei durchaus vor dem Hintergrund verschiedener Fragestellungen genau betrachtet.

Herr Allendörfer geht auf das Thema Familienhebammen ein. Er hoffe für die FDP-Fraktion, dass es eine Lösung für die Fortführung der Arbeit geben werde.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

**Punkt 5 175/12 Erweiterung der Gesundheitskonferenz - Antrag der CDU-Fraktion vom
22.10.2012**

Erörterung

Frau Gebhard stellt den Antrag vor. Aufgrund der Diskussion um die Familienhebammen sei der CDU-Fraktion deutlich geworden, dass es wichtig sei, auch diesen Berufsstand in die Gesundheitskonferenz einzubeziehen.

Herr Oldenburg führt aus, dass er es für sinnvoller halte, diesen Berufsstand themenbezogen in die Gesundheitskonferenz einzubeziehen und schlägt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages um diesen Begriff vor.

Lt. Herrn Kranemann seien auch nicht immer alle bereits in der Gesundheitskonferenz vertretenen Berufsgruppen von den behandelten Themen berührt und erhielten trotzdem eine Einladung. Daher sollte dies auch für die Hebammen und Entbindungspfleger gelten.

Herr Hahn stellt klar, dass nach dem Gesetz zum Öffentlichen Gesundheitsdienst bzw. der Ausführungsverordnung dazu bestimmte Personen- oder Berufsgruppen in die Gesundheitskonferenz einzubeziehen sind. Er halte es darüber hinaus für praktikabel, jeweils themenbezogen betroffene Berufsgruppen zur Teilnahme einzuladen.

Diesem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Ausschusses zu. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend umformuliert und zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt, themenbezogen alle relevanten Gruppen in die kommunale Gesundheitskonferenz einzubinden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 132/12 Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015

Erörterung

Herr Hahn erläutert, dass es sich bei dem vorgelegten Konzept zur Inklusion um ein Handlungspapier handele, das in die Kreisverwaltung hineinwirke. Außenwirkung erlange es durch die in den einzelnen Bereichen umzusetzenden Maßnahmen, wie z.B. ein barrierefreier Zugang zu den Angeboten der Kreisverwaltung. Die Umsetzung und Fortführung der einzelnen Maßnahmen werde in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden. Dem Kreistag sei im Abstand von 2 Jahren zu berichten.

Für den Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz seien fünf Maßnahmen enthalten, die bereits vorhanden bzw. zukünftig anzugehen seien.

Frau Hosang führt aus, dass es sich hier um eine Bestandsaufnahme handele, die Perspektiven ausweise, wie in den nächsten Jahren das Thema der inklusiven Verwaltung umgesetzt werden solle. Dabei gehe es

um einen langfristigen Prozess, in dessen Verlauf durchaus weitere Entwicklungen und Maßnahmen in das Konzept einfließen könnten.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Es wird das in der Anlage beigefügte „Handlungsprogramm 2013 – 2015, Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung“ beschlossen.
2. Der Kreistag begrüßt die für 2013 – 2015 gewählte Schwerpunktsetzung:
 - a. Schulung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
 - b. Schrittweises Verfassen von Formularen, Broschüren u.a. in einfacher Sprache
 - c. Ergänzung des bestehenden Sicherheitsaudits bei Straßen- und Wegebaumaßnahmen durch ein extern zu vergebendes Audit Barrierefreiheit gem. der UN-Behindertenrechtskonvention
 - d. Beurteilung der Kreisliegenschaften/Gebäude (Eigentum, angemietete Objekte) im Hinblick auf ihre Barrierefreiheit. Die Erfassung der Schulgebäude hat dabei besondere Priorität.

Für Pkt. 2 a und 2 b haben die Bereiche Priorität, die mit behinderten Menschen besonders in Berührung kommen.

3. Die Haushaltsmittel werden im Rahmen der jeweiligen Budgets bereitgestellt (siehe Handlungsprogramm).
4. Folgende Strukturen werden geschaffen:
 - Steuerungsgruppe „Inklusion“ unter Vorsitz des Landrates und unter Teilnahme eines Vertreters bzw. einer Vertreterin der Betroffenenvertretung
 - »Arbeitsgruppe zur Förderung der Inklusion in der Verwaltung des Kreises Unna«
 - Beteiligung der Interessenvertretungen der Behinderten im Rahmen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften.
5. Der Kreistag begrüßt die frühzeitige Beteiligung der Behindertenbeauftragten bei der Planung von Hochbaumaßnahmen sowie bei Baumaßnahmen an Kreisstraßen die örtlichen Behindertenbeiräte im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Planfeststellungsverfahren)
6. Die Fachausschüsse befassen sich jeweils mit der Fortschreibung und Umsetzung der Maßnahmen.
7. Dem Kreistag wird alle 2 Jahre über den Stand der Umsetzung des Handlungsprogramms berichtet.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 145/12 Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion

Erörterung

Lt. Herrn Hahn sei Voraussetzung für einen Antrag bei der Aktion Mensch ein gemeinnütziger Verband, der aber mit Kooperationspartnern zusammen arbeiten könne. Der Antrag werde gestellt durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband Kreis Unna. Kooperationspartner seien das Jobcenter Kreis Unna, der KreisSportBund, weitere Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna und der Kreis Unna. Das geplante Projekt habe eine Laufzeit von drei Jahren und sei mit verschiedenen Handlungsfeldern angelegt. Im Unterschied zum vorhin vorgestellten Handlungsprogramm gehe es hier um Aktivitäten, die außerhalb der Kreisverwaltung wirken sollen.

Diese Initiative werde durch die SPD-Fraktion begrüßt, so Herr Oldenburg.

Frau Gebhard führt aus, dass es zu begrüßen sei, wenn über die hier gegebene Kooperation das Projekt umgesetzt werden könne. Im Rahmen dessen werde es zur Festlegung von Zielen und konkreten Arbeitsschritten kommen müssen. Dies sehe auch die Förderstruktur der Aktion Mensch vor.

Herr Allendörfer ist erfreut, dass auf diesem Weg Gelder akquiriert werden, die Institutionen des Kreises Unna zugutekämen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Punkt 8 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Hahn weist darauf hin, dass der Tätigkeitsbericht der K.I.S.S. für das Jahr 2011 auf den Plätzen der Ausschussmitglieder ausliege.

Anfragen ergeben sich nicht.

I

Anlagen

- Folienpräsentation der Verbraucherzentrale NRW

gez. Dirk Kolar
Vorsitzender

gez.
Schriftführer/in